

Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken,
Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/9738 –**

Lieferung von U-Booten an Israel stoppen

A. Problem

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat zur Lieferung deutscher U-Boote an Israel mitgeteilt, dass 1991 eine Vereinbarung zur Lieferung von drei U-Booten der Dolphin-Klasse an Israel getroffen und 2005 die Lieferung zweier weiterer Boote genehmigt wurde, wobei Israel zusätzlich die Option für ein sechstes U-Boot eingeräumt wurde. Diese Option wurde jetzt ausgeübt.

B. Lösung

Die Antragsteller gehen davon aus, dass die U-Boote mit atomwaffenfähigen Marschflugkörpern bestückt werden könnten. Mit Blick auf die Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland, die weltweite nukleare Nichtverbreitung zu stärken und vor dem Hintergrund des Nuklearstreits mit dem Iran soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die entsprechenden Verträge zu kündigen, die Genehmigung zu widerrufen und die bisher nicht ausgelieferten U-Boote nicht zu liefern.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Die Bundesregierung gewährt zum Bau dieser Boote eine Finanzierungshilfe. Entsprechende Mittel sind in den Bundeshaushalt 2012 eingestellt, den der Deutsche Bundestag verabschiedet hat.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/9738 abzulehnen.

Berlin, den 27. Juni 2012

Der Verteidigungsausschuss

Dr. h. c. Susanne Kastner
Vorsitzende

Ingo Gädechens
Berichterstatter

Rainer Arnold
Berichterstatter

Christoph Schnurr
Berichterstatter

Inge Höger
Berichterstatterin

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Ingo Gädechens, Rainer Arnold, Christoph Schnurr, Inge Höger und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/9738** in seiner 184. Sitzung am 14. Juni 2012 beraten und zur federführenden Beratung an den Verteidigungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 63. Sitzung am 27. Juni 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 73. Sitzung am 27. Juni 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat in seiner 121. Sitzung am 27. Juni 2012 die Beratung aufgenommen und abgeschlossen. Als Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

Im Verlauf der Ausschussberatungen bekräftigten die **Fraktionen der CDU/CSU und FDP** den Grundsatz deutscher Außenpolitik, dass jede Bundesregierung der Sicherheit des Staates Israel historisch verpflichtet sei. Diesem Grundsatz folge die getroffene Entscheidung, U-Boote der Dolphin-Klasse an Israel zu liefern. Im Übrigen sei für die Bewaffnung Israel selbst verantwortlich.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, richtig sei, dass sich Deutschland für eine von Atomwaffen freie Zone im Nahen Osten einsetzen müsse. Wer sich in diesem Zusammenhang nicht mit dem Iran beschäftige, sei jedoch „auf einem Auge blind“. Man habe Verständnis für das Bedürfnis Israels nach einer nicht landgebundenen Zweitschlagsfähigkeit und hoffe dort auf die Wirksamkeit des Abschreckungsprinzips.

Die **Fraktion DIE LINKE.** verwies auf die jüngsten Medienberichte, nach denen die U-Boote atomar bewaffnet werden könnten. Rüstungsexporte seien grundsätzlich problematisch, insbesondere in den Nahen Osten, aber mit Blick auf die mögliche Option der atomaren Bewaffnung widerspreche die Lieferung sogar dem Atomwaffensperrvertrag. Der historischen Verpflichtung werde Deutschland vielmehr durch die Stärkung jener Kräfte in der Region gerecht, die sich der Kriegslogik entgegenstellten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, zwar sei die Lieferung nuklearer Trägersysteme bei aller historischer Verpflichtung tatsächlich schwierig. Allerdings sei man nicht der Auffassung, dass grundsätzlich keine Waffensysteme an Israel geliefert werden dürften. Vielmehr komme es darauf an, wie der „end use“ vertraglich geregelt sei.

Berlin, den 27. Juni 2012

Ingo Gädechens
Berichterstatter

Rainer Arnold
Berichterstatter

Christoph Schnurr
Berichterstatter

Inge Höger
Berichterstatterin

Omid Nouripour
Berichterstatter

